

Westdeutsche Allgemeine Zeitung
vom 09.11.2013, S. 4

Der „Kommunal-Soli“ wird nachgebessert

Rot-Grün arbeitet an Korrekturen

Von Tobias Blasius

Düsseldorf. Der umstrittene neue „Kommunal-Soli“, den 59 steuerstarke Städte in Nordrhein-Westfalen ab 2014 zugunsten ärmerer Nachbarn zahlen sollen, wird nachgebessert. Die rot-grünen Mehrheitsfraktionen nahmen das Thema am Freitag überraschend von der Tagesordnung des zuständigen Landtagsausschusses. Die SPD-Fraktion wird in der kommenden Woche in einer Klausurtagung in Königswinter über Korrekturen am Konzept von Innenminister Ralf Jäger (SPD) beraten.

Im Schuldensumpf

Die Idee, erstmals vergleichsweise reiche Kommunen in Nordrhein-Westfalen mit knapp 182 Millionen Euro jährlich für die Finanzierung der zweiten Stufe des „Stärkungspakts Stadtfinanzen“ heranzuziehen, hatte bei Bürgermeistern und Verfassungsrechtlern zum Teil scharfe Kritik hervorgerufen.

„Rot-Grün sollte die Atempause nutzen, um das Gesetz ganz zurückzuziehen“, forderte CDU-Kommunalexperte André Kuper. Die Probleme in Essen oder Gelsenkirchen

seien nicht von Plettenberg oder Monheim zu lösen.

In der ersten Stufe des „Stärkungspakts Stadtfinanzen“ hatte Rot-Grün 2011 auf eigene Rechnung jene 34 Kommunen wie Oberhausen oder Duisburg unterstützt, die bereits überschuldet oder von Überschuldung bedroht sind. Das Land stellt bis 2020 rund 3,5 Milliarden Euro zur Verfügung. In der zweiten Stufe sollen 27 weitere Städte wie etwa Essen Hilfen bekommen, um nicht weiter im Schuldensumpf zu versinken. Jährlich rund 182 Millionen Euro soll dafür ab 2014 die „kommunale Familie“ beisteuern, weshalb nach einem Rechenmodell 59 Städte zu Zahlergemeinden erklärt wurden.

Dies führt dazu, dass das kleine Monheim mehr als 46 Millionen Euro aufbringen soll und das große Essen rund 70 Millionen Euro aus dem Solidartopf erhalten würde. Eine Geberkommune wie Grevenbroich wiederum könnte so selbst zur Nothaushaltsgemeinde werden.